

## Regierungsprogramm – 27.02.2025

### Gemeinderelevante Themen

#### Einleitung:

- Der größte Fortschritt entstand immer aus Konsens, Zusammenarbeit und Zuversicht!
- Regierungsparteien suchen den Dialog mit Ländern, Städten und Gemeinden, Sozialpartnern und der Öffentlichkeit

#### Konsolidierung:

- Maßnahmenpaket von mehr als 6,3 Milliarden Euro für 2025 und 8,8 Milliarden Euro für 2026
- Der Österr. Stabilitätspakt soll mit den Bundesländern und den Gemeinden reformiert werden.

#### Wie Sparen? (Auswahl)

- Einsparungen und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung der Ministerien
- „Förder-Taskforce“ zur Evaluierung der Förderinstrumente
- Abschaffung des Klimabonus
- Abschaffung der Bildungskarenz
- Langfristige Effizienzsteigerungen im Gesundheitsbereich durch Stärkung des niedergelassenen Bereichs, der Prävention und der Telemedizin
- Anpassungen bei der Digitalsteuer
- Standortbeiträge der Energiewirtschaft und der Banken (Bankenabgabe: 2025 und 2026 jeweils 500 Millionen Euro und danach 200 Millionen)
- Lückenschluss bei der Grunderwerbsteuer, um große Immo-Transfers effektiver zu erfassen
- Widmungsabgabe: Widmungsgewinne sollen im Rahmen der Immo-Est steuerlich effektiv erfasst werden

#### Themen (Auswahl)

- Kindergarten:
  - Verpflichtendes 2.- Kindergartenjahr (Zweckzuschuss analog zum 1. Kindergartenjahr) in Höhe von 80 Mio € für 2026 und zusätzlich 20 Mio € ab 2027 unter Budgetvorbehalt
  - Um diese Ziele zu erreichen, können die Bundesländer sowie der Gemeinde- und Städtebund die Mittel je nach Ausgangslage vorrangig in den Ausbau des Angebots sowie in die laufende Finanzierung des bestehenden Angebots und/oder in die Bildungsqualität sowie in Maßnahmen zur Behebung des pädagogischen Fachkräftemangels investieren. Das elementarpädagogische Angebot, das neben Kindergärten auch die Kleinkindbetreuung, Tageseltern, Betriebskindergärten/Betriebstageseltern und andere Betreuungsformen umfasst, ist dabei ganzheitlich im Sinne der Bedürfnisse der Kinder und Eltern weiterzuentwickeln
  - Projekt gesunde kostenlose Jause im Kindergarten mit 20 Mio € ab September 2026 und zusätzlich 40 Mio € jährlich ab 2027 unter Budgetvorbehalt
  - Zudem werden die bereits bestehenden vielfältigen Sachleistungen auf den verschiedenen Versorgungsebenen von Bund, Ländern und Gemeinden umfassend erhoben und auf einer österreichweiten Landkarte

sichtbargemacht, um einen bedarfsgerechten Ausbau von Sachleistungen unter der Vermeidung von Mitnahmeeffekten umsetzen zu können.

- Impulse zur **Vorzierung von Investitionen** und Konjunkturbelebung 2025
  - Öffentliche Investitionen sollen vorgezogen werden
- **Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten**
  - Nahversorger, die gänzlich digital oder in Randzeiten und ohne angestelltes Personal betrieben werden, werden aus dem Öffnungszeitengesetz ausgenommen
- **Entbürokratisierung:**
  - Jährlicher Entbürokratisierungsbericht
  - Deregulierungsbeauftragter
- **SchwellenwertVO: ins Dauerrecht und Valorisierung der Schwellenwerte**
  - 200.000 Euro für Direktvergabe im Baubereich, 2 Millionen Euro für nicht offenen Verfahren und 150.000 Euro im Bereich Lieferungen und Dienstleistungen
- **Bargeldversorgung** – Bekenntnis zu einer flächendeckenden Bargeldversorgung
- **Breitbandausbau weiter vorantreiben**
  - Gemeinden verpflichtend einzubinden
- Einrichtung eines digitalen Tiefbauatlas
- Beschleunigung von Bauverfahren
  - Digitaler Akt
- Kommunale Wärmeplanung vorausschauend und transparent gestalten
- Zeitgerechte Überführung der **EU-Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie** in das nationale Recht mit dem Ziel von Planungssicherheit
- **Bodenpolitik:**
  - Ziele eines **sparsamen Bodenverbrauchs**
  - Stärkung der Ortskerne
  - Gespräche mit den Gebietskörperschaften um die Neuversiegelung einzudämmen, Baulandüberhänge zu reduzieren und Entsiegelungsmaßnahme zu forcieren
  - Vertragsraumordnung nutzen, um Wohnbedürfnisse zu decken
  - Modelle entwickeln, damit Gemeinden bei der Finanzierung von Grundstücksbevorratungen und Baulandmobilisierung zielgerichtet und effizient unterstützt werden
  - Es soll eine bundesweite und objektiv vergleichbare Begriffsdefinition von „Bodenversiegelung“, „Bodeninanspruchnahme“ und „Bodenverbrauch“ geschaffen werden
  - Regierung bekennt sich dazu den Bodenverbrauch effektiv auf 2,5 ha pro Tag zu reduzieren
  - Vier Schwerpunkte: Schutz von Frei- und Grünland, Unterbindung der Zersiedelung, effiziente Innenentwicklung inkl. Entsiegelungsmaßnahmen sowie Intensivierung der Bewusstseinsbildung
  - ÖROK prüft Modelle von Leerstands- und Verfügbarkeitsdatenbanken (Brachflächenmonitoring)
  - mittels dreijährigem Fortschrittsberichts sollen aus dem Flächenmonitoring Trends abgeleitet werden
- **Prüfung der Abschaffung der Nebengebühren sowie der Grunderwerbssteuer beim Erwerb des ersten Eigenheims**
- **Integration**
  - Schulen und Kindergärten sind Orte der Bildung, wo auch Integration stattfindet
- **Medizin: Ausbau des niedergelassenen Bereichs**
  - Wartezeiten verkürzen, Versorgung garantieren

- Ausbau Tele-Medizin
- Ausbau Primärversorgungszentren
- Bundesweit einheitlicher Gesamtvertrag
- Eltern-Kind-Pass-Weiterentwicklung bis zum 18. Lebensjahr
  - Reorganisation der Bundeskompetenzen im schulärztlichen Bereich
  - Verbesserung der Datenqualität – für eine evidenzbasierte Gesundheitspolitik
- Pflege
  - Entwicklung der Konzepte Community Nurses
  - „Daheim vor Stationär“ – Entlastung der pflegenden Angehörigen
  - Ausbau der 24-h-Betreuung
- Europa:
  - Klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip als Baustein Europas
  - Weiterer Ausbau der Initiative der Europa-Gemeinderäte
- Verfassung:
  - Abhaltung eines Verfassungskonvents
  - Fortsetzung der Reform der Kompetenzzflechtung zwischen Bund, Ländern
- Info-Freiheit
  - Unterstützung aller betroffenen Stellen bei den Vorbereitungen für die Umsetzung der Informationsfreiheit
- Verwaltung:
  - Ausbau des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) als zentrale Plattform für Veröffentlichungen von Bund, Ländern und Gemeinden
  - Digitale Verwaltung ausbauen
- Nachhaltige Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft
- Gemeindefinanzen:
  - Die Bundesregierung bekräftigt, Gemeinden angesichts der derzeit schwierigen finanziellen Lage gezielt zu unterstützen, um deren Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Insbesondere soll finanzschwachen Gemeinden bei der Sicherung der Liquidität geholfen und Investitionen in zukunftsweisende Bereiche angeregt werden
  - Weiterentwicklung des Finanzausgleichs – Reformgruppe mit dem Ziel: klare Aufgabenverteilung, Regelungs- und Verantwortungsstrukturen; Finanzströme verständlicher machen
  - Finanzierung des Schülergelegenheitsverkehrs durch den FLAF
  - Investitionen in Rettungs- und Blaulichtorganisationen werden abgesichert
- Gemeinden
  - Standortoffensive in den Gemeinden – Nahversorger, Gasthäuser etc.
  - Pilotregionen zum Thema „Reallabor Digitaler Datenraum“
  - Ausbau des Öffentlichen Verkehrs – Fokus auf die Letzte Meile
  - Regionalförderung
  - Klimarisikooanalysen und Bewertungen, Gefahren- und Risikoarten auf lokaler Ebene werden den Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt
  - Attraktivierung von Radwegen im ländlichen Bereich – Überarbeitung der Förderkriterien für den Bau der Radverkehrsinfrastruktur
  - Automatisiertes Zufahrtsmanagement, um den Gemeinden eine effektive Verkehrsberuhigung ihrer Stadtzentren zu ermöglichen
  - Einführung einer staatlichen bzw. staatlich bezuschussten Rechtsschutzversicherung für kommunale Funktionen

■ Digitalisierung:

- Registerdaten: Ausbaumöglichkeiten des Austrian Micro Data Center (AMDC)
- Digital Austria Act Richtschnur der Digitalpolitik
- GovTech-Campus – Akteure an einen Tisch
- ID-Austria ausbauen – bis 2030 soll jede Person in Ö eine ID-Austria besitzen – bereits bei der Geburt ausgestellt
- Niederschwelliger Zugang zur ID-Austria
- Für Behördenwege soll ein One-Stop-Shop-Prinzip etabliert werden
- KI-Behörde wird eingerichtet
- Zugang zu Registern für Gemeinden und Länder
- Verpflichtende Anbindung an den Digital Austria Data Exchange (DADEX) forcieren
- Österreichische Cloud-Strategie für die Verwaltung

■ Bildung:

- Prozess zur Kompetenzverteilung im Bildungssystem starten zwecks Analyse von Reformpotential für transparente und effiziente Finanzierung, klare Regelungskompetenzen und Aufgabenverteilung im Sinne einer Stärkung der Effizienz und Qualität des Bildungssystems. Es wird ein Strategiedialog zwischen Bund und Ländern sowie Städte- und Gemeindebund mit dem Ziel einer Aufgabenreform initiiert
- Ausbau der Ganztageschulen – Wahlfreiheit soll bestehen bleiben
- Umstellung der Finanzierung auf ein neues transparentes System zur Finanzierung der Freizeit- und Stützpädagoginnen durch den Bund
- In ländlichen Regionen: Klassen mit AHS-Standard auch in Mittelschulen
- In Abstimmung mit dem Bund, Ländern und Gemeinden werden Maßnahmen ausgearbeitet, um den Schwimmunterricht sicherzustellen.